

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 32/15-19) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 15.02.2018,

in der Mensa der Oberschule Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Anwesend:

Gunnar Christiansen

Torsten Dähn

Jürgen Hauschild

Irmtraud Konrad

Anke Maurer

Wolfgang Meyer

Stefanie Möller

Ingo Mose

Janne Müller

Rainer Müller

Jens Oppermann

Cornelia Rohbeck

Wolfgang Schnecking

Fehlend: Vanessa Baumann-Werschky (e), Michal Fuchs, Ulrike Heuer (e), Johannes Osterkamp (e)

Referent_innen/Gäste: Hr. Hartmann (hanseWasser), Hr. Schierloh (Projektgesellschaft Gartenstadt Werdersee), Fr. Scholtes (M+O Bremen Ingenieurgesellschaft, alle zu Top 3); Vertreter_innen der Polizei, der Presse und interessierte Bürger_innen

Vorsitz: Annemarie Czichon

Protokoll: Simon Ott-Oghide (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung um die Befassung des Bauantrags für einen Neubau an der Kita Neustadtswall zu erweitern (als Top 7).

Beschluss: Die Tagesordnung wird mit der vorgeschlagenen Ergänzung genehmigt.

TOP 2 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

- **Bürger_innenanträge, Fragen und Wünsche**

Ein Bürger berichtet von einem Frostschaden an der Wilhelm-Kaisen-Brücke am Fußweg vor der Versicherungsbörse und bittet um Abhilfe.

Eine Bürgerin bittet den Beirat um allgemeine Unterstützung für den Erhalt des Stadtgrüns.

Ein Bürger wünscht eine Überprüfung der Radfahrerampel an der Ecke Lahn-/Friedrich-Ebert-Straße, die für auf dem Standstreifen stehende Radfahrende schlecht einsehbar sei. Der Beiratssprecher ergänzt, diese Ampel schalte zu schnell auf Rot.

Eine Bürgerin erkundigt sich nach dem Sachstand zu dem von ihr eingebrachten Bürgeranliegen zur Einführung einer Tempo 30-Regelung und notwendigen Sanierungen im Kirchweg. Sie verweist auf die ihr zugesagte Unterstützung von Seiten zweier Bürgerschaftsabgeordneter.

Der Sprecher des Fachausschuss Bau und Verkehr erläutert, dass der Beirat ihr Anliegen befürworte, derzeit wegen der bevorstehenden Bauarbeiten zur A281 und der daraus voraussichtlich resultierenden Umleitungsverkehre aber keine Umplanungen möglich seien.

Die Bürgerin wird gebeten, die von ihr genannten Abgeordneten in dieser Sache direkt anzusprechen.

Ein Bürger bittet um einen Bericht zum Sachstand der Sanierungsarbeiten am Gottfried-Menken-Markt.

- **Bericht der Beiratssprecher ./.**
- **Berichte des Amtes:**

Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen und die Schöffenwahl (Jugend- + Erwachsenenstrafrecht) für 2019-23.

TOP 3 – Gartenstadt Werdersee:

a. TÖB-Stellungnahme zu verkehrlichen und Entwässerungsanlagen

Die Referent_innen stellen anhand von Karten (s. Anlagen 1+2) die Planungen für Verkehrs- und Entwässerungsanlagen vor und weisen einleitend darauf hin, dass seit Beginn des Beteiligungsverfahrens im Dezember 2017 noch keine wesentlichen Einwände zum Vorhaben vorgetragen worden seien. Kernpunkte der zuletzt umgesetzten Planungen seien das Straßen- (ohne wesentliche Änderungen gegenüber dem B-Plan) und das

Entwässerungskonzept gewesen.

Aktuell würden auf dem Gelände Bäume gefällt, diese Arbeiten würden bis Ende Februar abgeschlossen. 6 weitere Bäume könnten gegebenenfalls, sofern für Kanalarbeiten erforderlich, noch im Laufe der nächsten Jahrzehnte gefällt werden, hierfür sei eine Ablösevereinbarung getroffen worden.

Seit Beginn der Kampfmittelräumung im Dezember seien mittlerweile bereits 300 Bomben auf dem Areal gefunden worden, aufgrund der davon ausgehenden Gefahr sei das Gelände umzäunt worden. Im Anschluss an die Räumungen sollen noch archäologische Prüfungen vorgenommen werden.

Die Kanalisation „kommuniziere“ mit den anliegenden Grünflächen, die als Retentionsräume genutzt würden. Zum Fellendsweg hin sollen Rigolen zum Schutze der Bestandsbebauung eingebracht werden.

Eingehend auf Fragen zur Entwässerung wird erläutert, dass der entstehende Aushub auf mögliche Eignung für den Deichbau geprüft werde und das abzuführende Oberflächenwasser nicht in den Werder-, sondern in den Krimpensee geleitet werde. Die ordnungsgemäße Reinhaltung von Krimpensee und Grundwasser werde von UBB überwacht.

Auf die Frage nach Gefährdungen durch den Grundwasserspiegel wird auf die Bodenbeschaffenheit verwiesen, eine Lehmschicht im Boden fungiere als Trennschicht. Ein Durchdringen der Lehmschicht sei keinesfalls erwünscht.

Aus dem Beirat wird die Bitte geäußert, Zu- und Abfahrt des Supermarkts über getrennte Ein- und Ausfahrten zu regeln, um Staus zu Stoßzeiten zu verhindern. Die Vertreterin des Planungsbüros weist darauf hin, dass die Zu- und Abfahrt auf Wunsch der Gewoba geplant wurde und ein Gutachten diese Verkehrswegeführung als unbedenklich eingestuft habe. Das ASV habe dieser Planung zugestimmt.

Sie erläutert außerdem, „Kiss and Ride-Parkplätze“ könnten vor Schule und Kita aus baulichen Gründen nicht realisiert werden, hierfür müssten die Parkplätze auf dem Boulevard genutzt werden.

Der Beiratssprecher äußert den Wunsch, die geplante Wegeverbindung durch den Friedhof nicht als Radweg auszuführen. Darauf wird erwidert, dass diese Entscheidung nicht der Projektgesellschaft obliege, es aber möglich sei, den Friedhofseingang mit einem Tor zu versehen.

Aus dem Beirat wird der Wunsch an die Projektgesellschaft herangetragen, mehr Bäume zu erhalten, insbesondere an der Habenhauser Landstraße, und dort neu zu pflanzende Bäume in den Acker- oder Grabenbereich zu setzen. Für den Boulevard wird an der Ausfahrt zur Habenhauser Landstraße ein Zebrastreifen gewünscht.

Eine Anwohnerin aus dem Fellendsweg verweist auf die Aussage einer Behördenvertreterin, wonach das Fallgutachten fehlerhaft sei. Der Vertreter der Projektgesellschaft erklärt, das Gutachten sei unterschiedlich interpretiert worden, diese Unklarheiten seien aber beigelegt. Die betroffenen Bäume könnten gefällt werden, dies sei auch für die Kampfmittelräumung zwingend. Wurzeln von Bäumen auf den Grundstücken der Anlieger des Fellendsweges würden unter ökologischen Gesichtspunkten gekürzt, sofern keine Umbauung möglich sei. Auf die Frage, ob im Falle eines dadurch entstehenden Baumschadens Schadensersatz geleistet werde, verweist er auf die Zuständigkeit des Ressorts für Umwelt, Bau und Verkehr.

Die Bürgerin bittet ferner darum, Baustellenverkehre aus dem Fellendsweg fernzuhalten.

Der Beirat bedankt sich bei den Referent_innen für ihre Ausführungen. Nach ausgiebiger Diskussion stellt der Sprecher des FA Bau, Umwelt und Verkehr einen Antrag mehrerer Beiratsmitglieder zur Beschlussfassung vor (s. Anlage 3 – mit mehreren mündlich vorgetragenen Änderungen).

Nach Diskussion über die zu enthaltenden Punkte stellt ein Vertreter der Linken den Änderungsantrag, die vorgeschlagene Eingangsformulierung durch „Der Beirat Neustadt lehnt die vorgelegten verkehrlichen Maßnahmen ab.“ zu ersetzen.

Für diese Änderung stimmen 4 Beiratsmitglieder, 8 stimmen dagegen und ein Beiratsmitglied enthält sich.

Der Änderungsantrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend fasst der Beirat folgenden

Beschluss:

Der Beirat Neustadt bittet zu den vorgelegten Planungen um Prüfung, ob die folgenden Punkte umsetzbar sind:

- **Entschärfung der möglicherweise gefährlichen Situation durch Linksabbieger an der Habenhauser Landstraße**
- **kleinere Dimensionierung der Bushaltestelle, um für den Erhalt des Alleecharakters der Habenhauser Landstraße auf Baumfällungen verzichten zu können**

- **Pflanzung der vorgesehenen Ersatzbäume neben dem Gehweg zur Freifläche hin, um mehr Gestaltungsspielraum für die Strukturierung des Straßenraums zu schaffen**
- **erneute Prüfung der Auf- und Abfahrt-Situation für die vorgesehenen Gewerbe in der Nähe des Kreuzungsbereichs zur Habenhauser Landstraße hin (Verkehrsführung in eine Richtung möglich? Im Bereich des Linksabbiegers nur abfahrende Fahrzeuge zulassen, um den Verkehrsfluss zu verbessern?)**
- **Schaffung einer Fußgängerüberwegung (Zebrastreifen?) über den Boulevard, direkt an der Kreuzung an der Habenhauser Landstraße**
- **Prüfung, ob durch ÖPNV, der perspektivisch möglicherweise kleinere Fahrzeuge nutzen kann, das Gebiet besser erschlossen werden kann.**
(9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

b. Vorstellung des aktuellen Planungsstandes für die öffentlichen Grünflächen

Der Vertreter der Piraten erläutert den Antrag von Linken und Piraten zu Altlasten auf der Fläche (s. Anlage 4).

Der Sprecher des FA Bau, Umwelt und Verkehr spricht gegen den Antrag: Die in dem Gutachten dargestellte Sachlage sei komplexer als von seinem Vorredner dargestellt und bis auf Teilgebiete unproblematisch.

Der Antrag erhält 5 Ja-, 5 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen und ist somit abgelehnt.

TOP 4 – TÖB-Stellungnahme zu Änderungen zum V+E-Plan 126 (Ottostraße)

Ein Mitglied des FA Bau, Umwelt und Verkehr stellt eingangs die gegenüber der im Beirat vom 18.08.2017 vorgestellten Fassung des V+E-Plans vorgenommenen Veränderungen vor. Diese bestünden im Wesentlichen in einer minimalen Verkleinerung der Baufläche dadurch, dass zur nordöstlichen und südwestlichen Seite jeweils eine Ecke ausgeschnitten, und die Zahl der Wohneinheiten von 75 auf 73 verringert wurde. Im hinteren Gebäude sei die Geschossigkeit festgesetzt worden, allerdings ohne Veränderung der Höhe. Die wesentlichen Kritikpunkte des Beirates blieben von den Änderungen unberührt, so dass sie die Ablehnung der vorgelegten Änderungen vorschläge.

Der Vertreter der Linken kündigt an, dem vorgelegten Antrag nicht zuzustimmen, da er wegen des Verzichts auf eine Ablehnung der Innenhofbebauung seiner Ansicht nach nicht weit genug gehe.

Ein Anwohner der Ottostraße erinnert in seinem Plädoyer gegen das Vorhaben daran, dass in einer ursprünglichen Vorstellung des Projekts eine Größenordnung von 60-70 Wohneinheiten und der Bau einer Tiefgarage versprochen worden seien.

Ein Mitglied der Bremischen Bürgerschaft begründet seine Zustimmung zum Vorhaben in der Baudeputation damit, dass er Wohnraum für Studierende für sehr wichtig halte und der Bau in kleinerer Dimensionierung nicht wirtschaftlich sei.

Eine Bürgerin erwidert hierzu, dass keine Belege zur Kalkulation der Wirtschaftlichkeit und zum tatsächlichen Bedarf an Wohnraum für Studierende vorgelegt worden seien.

Der Vertreter der Linken beantragt folgende Änderungen des vorgelegten Antrags: Streichung Absatz 1+2 sowie Ergänzung um den Satz „Der Beirat lehnt die Innenhofbebauung ab.“.

Dieser Änderungsantrag wird bei 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Der Beirat fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Beirat lehnt das im V+E-Plan 0126 dargestellte Vorhaben in der vorgelegten Form (15.12.2017) ab.

Begründung:

Vorbemerkung

Die Vorbemerkungen, die der Beirat zu dem V+E Plan 126 vom 18.08.2017 ausgeführt hat, treffen weiterhin zu. Erneut betont der Beirat Neustadt, dass die folgende Stellungnahme sich ausschließlich auf dieses konkrete Projekt bezieht. Grundsätzlich spricht sich der Beirat Neustadt für eine sinnvolle, nachhaltige Innenentwicklung aus. Auch begrüßt der Beirat Neustadt die Herstellung günstigen Wohnraums für Studenten und Menschen mit schmalem Geldbeutel.

V+E Plan

1. Reduzierung der überbaubaren Grundstücksfläche im Baufeld 1 in den Randbereichen

Die Reduzierung an den nordöstlichen und südwestlichen Grundstücksgrenzen um ca. 3,0 m in einer Breite von 4,0 m zu den Nachbargebäuden Ottostraße 12 und 16 reicht nicht aus. Die vorhandene Gebäudetiefe

Ottostraße 12 beträgt 9,0 m und die Gebäudetiefe Ottostraße 12 beträgt 10,0 m. Es ist unverständlich, warum nicht auf die vorhandenen Gebäudetiefen Bezug genommen wird. Es geht nicht um die Einhaltung des Bauordnungsrechtes, sondern um eine städtebauliche Entwicklung, die sich an dem Bestand orientiert und die nachbarschaftlichen Verhältnisse ausreichend berücksichtigt.

Aus Sicht des Beirats wäre es richtig gewesen, die Baulinie auf die vorhandenen Gebäudetiefen in der Ottostraße 12 und 16 und in einer Breite von mindestens einer Reihenhausbreite (6,0 m) zurückzunehmen, wie in der Ottostraße üblich.

2. Reduzierung der Mikroappartements und verkehrliche Belastung

Die Reduzierung der Anzahl der Mikroappartements von 75 auf 73 Appartements ist aus Sicht des Beirats nicht hervorzuheben.

Die mit der hohen Anzahl der Appartements verbundene verkehrliche Belastung der schmalen Ottostraße bleibt weiterhin bestehen. Die Anzahl von 14 Stellplätzen für 73 Wohneinheiten reicht bei weitem nicht aus. Es bleibt unverständlich, warum von der Stellplatzverordnung abgewichen werden soll, obwohl die Neustadt bereits heute einem hohen Parkdruck ausgesetzt ist. Die Argumentation des Beirats in seiner Stellungnahme vom 18.08.2018 zu diesem Punkt bleibt weiterhin bestehen.

3. Baufeld 2

Die Höhe des Innenhofgebäudes wird mit 3 Vollgeschossen festgesetzt und ist damit deutlich aus dem V+E-Plan zu entnehmen. Die Gesamthöhe von 8,0 m ist auf einen Bezugspunkt bezogen, der weiterhin nicht nachvollziehbar ist, weil nicht bekannt ist wie hoch das tiefer liegende Gelände im Innenhofbereich ist. Damit ist die Nachvollziehbarkeit für Nicht-Fachleute nur bedingt gewährleistet.

Eine dreigeschossige Bebauung im Innenhof Ottostraße / Kantstraße ist aus Sicht des Beirats weiterhin überdimensioniert. Eine gerechte Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse, neuen Wohnraum zu schaffen und den Interessen eines Quartiers, weiterhin akzeptable Belichtungs- und Besonnungsverhältnisse und eine vertretbare Verkehrsabwicklung beizubehalten, wird nicht gesehen.

Bei der Genehmigung des vorliegenden V+E Planes fordert der Beirat Neustadt die zuständigen Stellen dazu auf, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die eine Verschlechterung der verkehrlichen Situation in der Ottostraße verhindern.

(9 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen)

TOP 5 – Fahrradmodellquartier – Beschlussfassung über

a. Antrag der Linken + Piraten (aus Beirat 18.01./FA Bau 07.02.18)

Die Vorsitzende lässt über den o.g. Antrag (s. Anlage 5) abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

b. Stellungnahmen zu Einzelmaßnahmen: Schulstraße (M-03-2), Große Krankenstraße (M-03-7) und Große Johannisstraße (M-03-8)

Der Sprecher des FA Bau, Umwelt und Verkehr (s. Anlage 6) und die Vertreter von Linken und Piraten (s. Anlage 7) stellen Beschlussentwürfe für die vorgestellten Maßnahmen vor. Die Vorsitzende lässt über die Vorschläge zu den Einzelmaßnahmen separat abstimmen.

Der Beirat fasst daraufhin zur Maßnahme **M-03-2 Schulstraße** folgenden

Beschluss:

„Einbahnstraßenregelung Richtung Weser einführen; Kopfsteinpflaster rechte Seite (in Richtung Weser) erhalten; Fahrbahnmitte mit rotem Belag ausstatten und der linke Seitenstreifen sollte begrünt werden (Bäume). Dies würde die Aufenthaltsqualität in der Straße und die bioklimatischen Bedingungen verbessern und das Parken von Autos verhindern.“

(5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung; 3 Beiratsmitglieder haben nicht mit abgestimmt)

Hierzu gibt der Beiratssprecher I. Mose folgende persönliche Erklärung zu Protokoll:

„Den Beschluss des Beirats zur Maßnahme „Schulstraße“ kann ich nicht mittragen. Der getroffene Beschluss ist meiner Überzeugung nach in Teilen mit den Zielen des FMQ und insbesondere mit den ansonsten vom Beirat formulierten Erwartungen an die Gestaltung des Quartiers nicht kongruent. Vor allem halte ich die auf diesen Bereich der Schulstraße beschränkte Markierung der Fahrbahn mit rotem Belag für abwegig. Für keine andere Straße des FMQ ist diese vorgesehen oder hat der Beirat diese gefordert. Es würde insofern zu einer „Insellösung“ kommen, die in dieser Form keinen Sinn macht. Ich möchte deshalb meiner Erwartung Ausdruck verleihen, dass die Behörde von einer Umsetzung dieses Teils des Beschlusses absieht.“

Zur Maßnahme **M-03-7 Große Krankenstraße** lässt die Vorsitzende zunächst über den Antrag der Linken und Piraten abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Eine weitere Beschlussfassung erfolgt nicht, so dass der **Beirat die Maßnahme M-03-7 zur Kenntnis nimmt.**

Abstimmung über den Antrag der Linken und Piraten zur **Maßnahme M-03-8 Große Johannisstraße:**

Der Antrag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)

Eine weitere Beschlussfassung erfolgt nicht, so dass der **Beirat die Maßnahme M-03-8 zur Kenntnis nimmt.**

TOP 6 – Beschlussfassung über Antrag der Linken + Piraten zur Grünplanung am Neustadtsbahnhof (aus FA Bau am 07.02.2018)

Die Vorsitzende lässt über den Antrag aus dem FA Bau vom 07.02.18 (s. Anlage 8), zu dem es dort kein einstimmiges Votum gab, abstimmen:

Der Antrag wird abgelehnt. (5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)

TOP 7 – Stellungnahme zum Bauantrag von Immobilien Bremen für Neubau an der Kita Neustadtswall

Der Beiratssprecher stellt den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes.

Dem Vertagungsantrag wird zugestimmt (11 Ja-, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen).

TOP 8 – Genehmigung des Protokolls vom 18.01.2018 (Nr. 31/15-19)

Beschluss: Der vorliegende Protokollentwurf wird genehmigt. (einstimmig)

TOP 9 – Verschiedenes ./.

Ingo Mose
Beiratssprecher

Annemarie Czichon
Sitzungsleitung

Simon Ott-Oghide
Protokollführung